

zu ersehen sind, dass es im wesentlichen zurückzuführen  
sein, wenn die Häupter der Alliierten mit ihrem Urteil so  
außerordentlich schnell fertig wurden. Man wird freilich  
warten müssen, bis sich Herr Dr. Cuno endlich bequemt, den  
Wortlaut seiner Vorschläge der deutschen Öffentlichkeit zu-  
gänglich zu machen, aber heute bereits darf als sicher gelten, daß  
Stinnes über das Kabinett der Arbeitsgemeinschaft einen  
neuen Sieg errang, daß er mehr als je der eigentliche Diktator  
nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen  
Leben Deutschlands wurde.

Die Sozialdemokratische Partei hat von jeher gefordert, daß  
die Reparationspolitik des Reiches aktiver gestaltet werden  
müsse, daß insbesondere dem Verfall der deutschen Wirtschaft  
positiv entgegenzuarbeiten werden muß, daß man nicht dauernd  
die Jügel am Boden schleifen lassen kann, damit nicht die  
Alliierten, wie die Times jetzt wieder schrieb, zu sagen ver-  
mögen, daß Deutschlands Schuld in der Frage der vorläufigen  
Umgebung voll anerkannt werden müsse. Weber vom Kabi-  
nett Wirth noch auch von der neuen Regierung sind Vorschläge  
gemacht worden, die eine Aktivierung unserer gesamten Wirt-  
schafts- und Reparationspolitik ermöglichen. Man hat nicht  
getan, um die Auslandsdevisen einer entsprechenden Kontrolle  
zu unterziehen. Die Verordnung über die Devisenspekulation,  
müßte ein Schlag ins Wasser bleiben, als sich Dr. Hermes, der  
Beauftragte von Stinnes, weigerte, die parallel gehenden  
andern Vorschläge zur Durchführung zu bringen. Der links-  
radikale Duvre in Paris greift die Forderung auf, die die  
deutsche Sozialdemokratie seinerzeit stellte, indem sie forderte,  
daß dem zirkulierenden Papiergeld, das sich dauernd entwertet,  
ein Gegenwert in stabilen Goldpapieren entgegenzusetzen werden  
müsse. Die Vorschläge, die seinerzeit gemacht wurden, verfielen  
der Sabotage der deutschen Industriellen und nichts ist zur  
Durchführung gekommen. Wir haben gefordert, daß die ge-  
samten Devisen einer zentralen Bewirtschaftung unterzogen  
werden sollen. Das wurde von allen interessierten Kreisen als  
unmöglich zurückgewiesen. Wenn nicht alles täuscht, werden  
jetzt die Alliierten in ihren Gegenanschlägen eine besartige  
Forderung stellen. Der Vorschlag Poincarés, 25 Prozent vom  
Ertrag der deutschen Ausfuhr der Repto zur Verfügung zu  
stellen, wird die Veranlassung dazu sein. Indem die deutsche  
Regierung vermeidet, auch nur einen positiven Vorschlag zu  
machen, um dem Währungsverfall entgegenzuwirken, begibt  
sie sich des Rechtes der Handlungsfreiheit und wird sich  
nunmehr vor den Alliierten diktiert lassen müssen,  
was zur Durchführung kommen muß und auch dem Kabinett  
der Arbeitsgemeinschaft, dem Kabinett Dr. Cuno und  
Dr. Webers wird nichts anderes übrig bleiben, als die neuen  
Diktate mit gebasteter Faust in der Tasche entgegenzunehmen,  
wenn anders nicht die vorrückenden Sozialdemokraten, nach be-  
rühmten Mustern, es wieder auf sich nehmen sollen, den Karren  
in das richtige Geleis zu bringen.

Die Unterlassungsgelände der deutschen Regierung er-  
scheinen um so größer, als sie eine scheinbar außerordentlich  
günstige Situation bei den Verhandlungen in London unge-  
nutzt ließ. Selbst Poincarés zeigte ein beachtenswertes Ent-  
gegenkommen, indem er, der Logik der Entwicklung folgend,  
einem Moratorium auf die Dauer von zwei Jahren seine Zu-  
stimmung gab. Er ist weiterhin bereit, einer Auslandsanleihe  
von 500 Millionen Goldmark, so wie sie die Wirthnote fordert,  
zuzustimmen. Wie nicht anders zu erwarten, fordert er ent-  
sprechende Garantien, die in dem oben bereits gekennzeichneten  
Mittel der Alliierten an dem Ergebnis der deutschen Ausfuhr  
in Höhe von 25 Prozent bestehen. Ferner verlangt er den Er-  
trag der Zölle und stellt seine alte Forderung der Kontrolle  
des Ruhrkohlengebiets. Bonar Law war bereit, die ersten  
beiden Garantieforderungen zu akzeptieren, wehrte sich aber  
mit aller Entschiedenheit, jeder militärischen Sanktion zuzu-  
stimmen. Zur großen Enttäuschung Poincarés ging der Führer  
des konservativen Kabinetts in England noch weiter als sein  
Vorgänger Lloyd George. Er zeigte sich im Gegen-  
satz zu der Balfournote bereit, die Alliierten von ihren Ver-  
pflichtungen gegenüber England zu befreien, ohne abzuwarten,  
ob auch Amerika zu demselben Opfer bereit wäre. Er schlug  
weiterhin vor, den Reparationsbetrag auf 50 Milliarden  
Goldmark zu begrenzen, das heißt, auf den Wert der  
Schuldverschreibungen der Kategorien A und B, dafür sollte  
Frankreich, das England 11,5 Milliarden Goldmark schulde,  
die Schuldverschreibungen der Kategorie C aus den französischen  
Rassen entfernen. Nur in einem Punkte bleibt Bonar Law  
hinter der Balfournote zurück, indem er nicht wie diese auf die  
Reparationsforderungen an Deutschland verzichtete.

Auch Mussolini, der Führer der italienischen Faschisten, blieb  
mit seinen Vorschlägen durchaus auf dem Boden der realen  
Tatsachen und schlug eine Verminderung der deutschen Repara-  
tionssumme vor. Er war weiterhin bereit, ein Moratorium  
von zwei Jahren zu gewähren, das allerdings durch bestimmte  
Garantien gesichert werden müsse. Auch der Auslandsanleihe  
stimmt er zu, wenn damit die Priorität Belgiens gesichert  
werde. Von seinen bisher geäußerten Vorschlägen, daß Italien  
eine höhere Quote bei der Verteilung der Reparationserträge  
erhalten solle, wissen die Blätter bisher nichts zu berichten.

Alles in allem, die Situation in London war außerordent-  
lich günstig. Daß Poincarés auf einer Kontrolle des Ruhr-  
kohlengebiets bestehen würde, war im Vorhinein gewiß. Da  
Mussolini ebenso wie Bonar Law diese Sanktionen ablehnten  
und sie zweifellos die Zustimmung Theunis fanden, so waren  
diese Gefahren nicht allzu groß. Wenn es bei alledem die  
deutsche Regierung fertig gebracht hätte, den ersten Willen  
einer Mitarbeit zu zeigen, dann hätte sich wohl un schwer eine  
Lösung finden lassen. Sie wurde unmöglich gemacht, indem  
man die deutschen „Forderungen“ ungebührlich betonte, wäh-  
rend die Wünsche der Alliierten fast ungeachtet blieben. Wenn  
so das Kabinett Cuno in seinem ersten Schritt auf dem Gebiete  
der hohen Politik diese günstige Gelegenheit vollständig un-  
genutzt beiseite ließ, dann ist sie der Schuldige an dem weiteren  
Verfall des deutschen und damit des europäischen Wirtschafts-  
lebens. Dr. Cuno, der Mann der Deutschen Volkspartei  
arbeitete damit, Poincarés in die Hand und es würde nicht  
Wunder nehmen, wenn die Note der deutschen Regierung die  
Veranlassung wäre, die Position Poincarés in Frankreich er-  
neut zu festigen.

Wenn das der erste Erfolg des Sachverständigenkabinetts  
der Arbeitsgemeinschaft ist, dann hat das deutsche Volk alle  
Veranlassung, sich vor ihm zu bekreuzigen.

### Die Präsidentenwahl in Polen.

Warschau, 8. Dezember. In der für die Präsidentenwahl an-  
beraumte Sitzung der Nationalversammlung waren 5 Kandidaturen  
angemeldet worden. Nachdem Karutowicz im fünften Wahlgang  
die absolute Majorität erhalten hatte, erklärte der Vorsitzende,  
daß Minister Karutowicz zum Präsidenten der Republik gewählt  
worden sei.

Nach einer weiteren Rede von Karutowicz erklärt, die Wahl  
anzunehmen.

## Wann schlägt die Befreiungslinde der Rheinlande?

In Berlin hat am Sonnabend eine Besprechung von Volks-  
vertretern rheinischer Zeitungen mit dem Reichskanz-  
ler über die Rheinlandfrage stattgefunden. Dr. Cuno ver-  
breitete sich ausführlich über diese Schicksalsfrage des deutschen  
Volkes: Unsere Politik müsse als Hauptziel im Auge haben, die noch  
von fremden Heeren besetzten Gebiete so bald als möglich von dieser  
Last zu befreien. Wann aber wird dem Rheinland diese Stunde  
schlagen? In Beantwortung dieser Frage wandte sich Dr. Cuno  
gegen die französischen Auslegungen, daß die Befreiungsfrist noch  
gar nicht zu laufen begonnen habe. Art. 428 des Versailler Ver-  
trages sage klar und deutlich, daß der Zeitpunkt der 15jährigen Be-  
freiungsfrist mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages zu  
laufen beginnt. Das Protokoll über den Vertrag aber ist am  
10. Januar 1920 errichtet worden. Hiernach haben die Fristen für  
die Befreiung der Rheinlande am 10. Januar 1920 begonnen. Da-  
nach hat das Deutsche Reich einen vertraglich verbürgten Rechts-  
anspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Brückenkopf  
von Köln und die übrigen im Art. 429 genannten Gebiete geräumt  
werden. Mit Ablauf des 9. Januar 1930 müssen der Brückenkopf  
von Koblenz und die übrigen im Versailler Vertrag bezeichneten Ge-  
biete geräumt sein und mit dem Ablauf des 9. Januar 1935 muß  
der letzte Soldat der alliierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen  
haben. Dieser Anspruch ist nur einer Einschränkung unterworfen:  
nach dem Schlusse des Art. 429 kann die Zurückziehung der Be-  
satzungstruppen aufgeschoben werden, wenn noch Ablauf der 15-  
jährigen Frist die alliierten Regierungen die Sicherheit gegen einen  
Angriff Deutschlands nicht als ausreichend erachten. Im Hinblick  
auf die deutsche Entwaffnung kann jedoch diese Einschränkung nicht  
geltend gemacht werden. Der Reichskanzler schloß mit der Ver-  
sicherung an die rheinischen Pressevertreter, daß die rheinische Treue  
zum Reiche mit der Treue des Reiches zu den Rheinländern ver-  
gessen werden wird.

### Eingriff der Rheinlandkommission in die deutsche Luftverkehrskontrolle.

Berlin, 8. Dezember. (U.) Die von Reichskommissariat für  
Aus- und Einfuhrbewegung am 30. September d. J. erlassene  
Verfügung betreffend die Ausfuhrabgabenermäßigung bzw.  
Rückzahlung der Ausfuhrabgabe bei größeren Ausfuhrquantitäten ist  
von der Internationalen Rheinlandkommission für das besetzte Gebiet  
aufgehoben worden. Damit erwachen den Firmen im  
besetzten Gebiet neue schwere Schädigungen und Belastungen, die  
zu verhängen der Zweck der Verfügung war.

### Deutsche Bücher für Italien.

Rom, 8. Dezember. (U.) Der Messagero meldet, daß zwischen  
der italienischen und deutschen Regierung ein Abkommen getroffen  
ist, nach dem Deutschland sich verpflichtet, den Bibliotheken und  
Hochschulen Italiens für 4 Millionen Mark solche Bücher zu  
liefern, die vor oder während des Krieges erschienen sind. Die Bücher  
sollen eventuell auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.  
Die Auslieferung des Abkommens unterliegt noch der Genehmigung  
durch die Reparationskommission.

### Vor der Wiedereröffnung der Internationalen

Diesen Montag wird im Haag die internationale Friedens-  
konferenz des Neuesten Proletariats eröffnet. Im Vorwärt  
widmet Karl Kautsky diesem Ereignis einen Leitartikel, der in  
der Erwartung gipfelt, daß aus der Haager Konferenz die Inter-  
nationale neu entstehen werde. Man hätte erwarten dürfen, sagt  
Kautsky, daß eine solche Rundgebung nach Beendigung des Welt-  
krieges für lange Zeit völlig gegenstandslos sein müßte. Die Lehren  
des Krieges sind an den Vätern allerdingen nicht spurlos vorüber-  
gegangen; aber der Krieg habe nur bei einem Teil der Völker im  
Sinne der Liebe für den Frieden und der Achtung vor der Selbst-  
bestimmung der Nationen gewirkt. Bei einem andern Teile war  
diese Wirkung eine direkt gegenwärtige. Kautsky weist auf  
die Vorgänge in Rußland und auf den Vertrag von Versailles hin:  
hier wie dort ökonomischer Ruin, nicht nur der Besiegten, sondern  
auch der Sieger. Unter diesen Zuständen selbst wie immer und  
überall am meisten das Proletariat, das am eindringlichsten diese  
Lehren des Krieges beherzigt und erkannt hat, daß nur die Erziehung  
der Diktatur der Sieger durch die Demokratie der Gesamtheit der  
Völker aus diesem Elend herauszuführen kann, d. h. eine Politik wie  
sie vom internationalen sozialistischen Proletariat gemeinlich wird,  
die aber durch den Bolschewismus eine Hemmung erfährt.

„Ne war“, so sagt Kautsky wörtlich, „notwendiger als jetzt die  
Einheit der Internationalen, ihre Einheit gegenüber den Bolsche-  
wiken im Osten und Westen, den Bolschewiken von links und rechts,  
und gegenüber ihrem Treiben, das uns mit blutigem Krieg bedroht  
und mit ökonomischem Verderben.“

Von der Zusammenkunft im Haag erwarten wir, daß sie uns  
diese einheitliche Internationale bringt. Was immer die Wiener  
Arbeitsgemeinschaft von der zweiten Internationalen geschieden haben  
mag, gehört der Vergangenheit an. Alle Bedingungen sind gegeben,  
daß wiederum nur eine Internationale des selbständigen (nicht von  
Moskau subventionierten und russisch kommandierten) proletarischen  
Klassenkampfes besteht. Eine Internationale, die in ihren Zielen  
die gleiche ist, wie die erste, an deren Wege Marx stand, und  
die zweite, die unter der Mitwirkung von Engels zustande kam.  
Aber so wie die zweite Internationale höher stand als die erste, so  
auch die erneuerte Internationale nach dem Kriege einen höheren  
Organismus bilden als jene, die vor dem Kriege bestand.

In der proletarischen Internationale von heute finden wir die  
Arbeitsteilung zwischen der Internationale der Gewerkschaften und  
der Arbeiterparteien. Wir finden in der Internationale der sozia-  
listischen Arbeiterparteien bereits Parteiorganisationen, die dem  
nächst berufen sein werden, die Jügel der Regierung in ihrem Bande  
zu ergreifen. Und wir finden einen Zustand der Gesellschaft, in dem  
es nicht genügt, daß die einzelnen sozialistischen Parteien und die  
Gewerkschaftsverbände der einzelnen Länder einander helfen, und  
daß die stärkeren die schwächeren unterstützen. Die Existenz der  
Völker beruht heute mehr als je auf ihrer internationalen Solidarität,  
auf ihrem engeren Zusammenwirken. Ohne dessen freundschaft-  
liche Regelung bedrohen uns auf Schritt und Tritt immer neue  
Krisen, neue Hemmungen der wirtschaftlichen Genesung, neue  
Kriegsgefahren.

Wir brauchen eine Internationale, der eine Kraft und eine  
Einigkeit innewohnt, die sie befähigen, in diesem Stadium der  
Gesellschaft dieses von den Vertretern der Gewaltpolitik geschaffene  
Chaos zu stiften und während bei der Neuordnung der Beziehungen  
der Nationen voranzugehen. Wir erwarten, daß aus den Verhand-  
lungen im Haag eine erneuerte Internationale hervorgeht, die stark  
genug wird, allenhalben eine Politik herbeizuführen, die den Frei-  
den wahrt und den Wiederaufbau des zerstörten ökonomischen Ge-  
bietes Europas ermöglicht.

Wir schließen uns von ganzem Herzen diesem Wunsche und der  
Hoffnung Karl Kautskys, daß aus der Haager Friedenskonferenz  
eine neue kraftvolle Internationale entstehen möchte, aufrichtig an.

Die auswärtige Delegation der Russischen Sozialrevolutionäre.

nächste Partei hat an den Haager Friedenskongress eine Delegation  
geschickt, die im Sinne Kautskys die Zeit gekommen erachtet für  
die Bildung der internationalen Einheitsfront durch eine groß an-  
gelegte, die ganze Welt umfassende Massenbewegung für den Frei-  
den und den Sozialismus.

### Rußlands Teilnahme am Haager Pazifisten- kongress.

Berlin, 8. Dezember. (U.) Das Mitglied der auf der Durch-  
reise zum Haager pazifistischen Weltkongress in Berlin weilenden  
russischen Delegation Maschischewski erklärte dem Ber-  
liner des Ost-Express, die russische Delegation werde auf dem Haager  
Kongress mit völlig konkreten Vorschlägen hervortreten. Der Gegen-  
stand der Verhandlungen enthalte eine Reihe von Punkten, wonach  
untersucht werden soll, welche Aufgaben die Arbeiterorganisationen  
der Welt, den Regierungen, den politischen Parteien und den pazif-  
istischen Organisationen im Kampf gegen Krieg und Militarismus  
zu übertragen die Bedeutung hat, soweit bei den Verhandlungen der  
Klassenstandpunkt gewahrt werden würde. Daher hätten die russi-  
schen Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen die Ein-  
ladung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gern angenommen.  
Die 3. Internationale als solche habe freilich keine Einladung zum  
Kongress erhalten. Jedoch mit einem Wortgebot gegen die drohende  
Kriegsgefahr sei nichts getan; der Kampf für den Frieden müsse den  
Charakter einer unausgesetzten organisierten Arbeit und bestimmter  
Aktionen tragen. Das Zusammenreffen des Haager Kongresses mit  
der Lausanner Konferenz sei zweifellos ein Zufall, der jedoch bei  
einem geschlossenen Vorgehen des Kongresses den Gang der Lau-  
sanner Verhandlungen beeinflussen könne. — Der russischen De-  
legation für die Haager Konferenz gehören an: Kadet, Losowski,  
Koslow, Mejnitschanski, Grunin, Wepf, Maschischewski und Frau  
Emlidowitsch.

### Moskau für — die internationale Einheitsfront.

SPD. Der vierte Kongress der kommunistischen Internationale  
veröffentlicht in der Sonntagausgabe der „Roten Fahne“ einen  
Offenen Brief an die zweite Internationale, die Wiener Arbeits-  
gemeinschaft, die Amsterdamer Internationale und die Haager Inter-  
nationale Gewerkschafts- und Genossenschafts-Konferenz. In dem  
Briefe werden die genannten Organisationen aufgefordert zu er-  
klären, ob sie bereit sind, zu einer gemeinsamen Front des inter-  
nationalen Proletariats die Hand zu bieten bezug. die Spaltungs-  
bestrebungen einzustellen usw.

Es ist doch mehr als lächerlich! Erst sabotiert Moskau jede  
Bestrebung zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront, spaltet  
eine Gewerkschaft nach der anderen und dann kommen die Wölfe in  
Schafpelzen, um sich als Unschuldigen zu gebärden und von  
anderen Organisationen das zu verlangen, was sie zunächst einmal  
selbst erklären und durchführen sollten. Und selbst dann, wenn sie  
entsprechende Erklärungen abgegeben haben, ist ihnen nicht zu trauen.

### Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes.

Am 8. Dezember Stelungsum auf das 1405fache. Die Bewegung  
der Großhandelspreise erreichte nach dem alten Maßstab im Ok-  
tober zu Anfang November einen Höchststand, auf dem sie, wenn auch  
unter Schwankungen, bis Ende des Monats verharren. Außerdem  
wurden die Preise der grundlegenden Rohstoffe inländischer Er-  
zeugung, insbesondere von Kohle und Eisen, im Berichtsmontat  
weiter beträchtlich heraufgesetzt. Infolge dieser Bewegungen ist die  
Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes von dem  
686fachen im Durchschnitt Oktober auf das 1161fache oder um 109,4  
p. h. im Durchschnitt November gestiegen. Der Dollat wurde im  
November mit 7166 M. gegen 8181 M. im Oktober notiert, seine  
Höherbewertung beträgt 125,8 p. h. Dieser Bewegung folgten die  
Einfuhrwaren mit einer Steigerung von dem 808fachen auf  
das 2141fache oder um 137 p. h. im November, während die por-  
wiegend im Inlande erzeugten Waren von dem 499fachen auf das  
958fache oder um 91 p. h. anjagen. Im einzelnen stiegen Ge-  
treide und Getreide in von dem 829fachen auf das 819fache,  
Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von dem 580fachen auf das  
1026fache, Lebensmittel zusammen von dem 584fachen auf das  
1033fache, ferner Hütle und Leder von dem 681fachen auf das  
2130fache, Textilien von dem 1029fachen auf das 2428fache,  
Metalle von dem 686fachen auf das 1708fache, Kohlen und  
Eisen von dem 890fachen auf das 971fache, Industrielestoffe  
zusammen von dem 589fachen auf das 1371fache.

Die auf den 8. Dezember berechnete Stichtagindexziffer der  
Großhandelspreise erreichte das 1405fache des Friedensstandes. Von  
den Hauptgruppen stehen die Lebensmittel am gleichen Tage auf  
dem 1160fachen, die Industrielestoffe auf dem 2122fachen; ferner die  
vorwiegend im Inlande erzeugten Waren auf dem 1280fachen und  
die Einfuhrwaren auf dem 2560fachen.

### Dreihundert Milliarden zur Brotversorgung.

SPD. Zur Sicherung der für unsere Volksernährung erforder-  
lichen Ankaufe von Auslands- und Inlandszetreide wurde im  
4. Nachtragsetat zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr  
1922 die Summe von 120 Milliarden eingestellt. Zur Erreichung  
dieses Betrages war für die Auslandskäufe entsprechend dem da-  
maligen Kursstande die Summe von 400 Paplermark für eine Gold-  
mark eingekalkuliert worden. Infolge der ungeheuren Wertentwertung  
seiner Goldmark = 2800 Paplermark reichen diese  
Mittel natürlich bei weitem nicht mehr aus. Um aber für alle Fälle  
die Brotversorgung sicherzustellen, soll der Betrag auf 300 Milli-  
arden Mark erhöht werden. Der Reichsfinanzminister soll  
ermächtigt werden, Reichsschatkaneinweisungen in der genannten Höhe  
auszugeben, die aus den Erträgen beim Verkauf des Zetreides gedeckt  
werden sollen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist als 8. Nachtrag  
zum Reichshaushaltsplan dem Reichstag zugegangen.

### Das Urteil im Darmstädter Landfriedensbruchs- prozeß.

Darmstadt, 8. Dezember. (U.) Die Verhandlungen vor den  
Geschworenen wegen der Aufbruchfälle am 27. Juni, soweit sie den  
Abgeordneten Dingeldey betreffen, wurden am Freitag nach  
vierwöchiger Dauer zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten für  
sämtliche Angeklagten die Schuldfragen, bis auf den Angeklagten  
Wagner. Die Frage, ob er sich auch Gewalttätigkeiten gegen  
einen Kriminalwachmeister zuschulden kommen ließ, wurde ver-  
neint. Sämtlichen Angeklagten wurden mildere Urteile zu-  
gebilligt. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen von einem bis  
vier Jahren beantragt. Das Urteil lautete gegen die Angeklagten  
Doell und Feuerl auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis,  
gegen Friedrich ein Jahr neun Monate, Genz sechs Monate,  
Wagner acht Monate und Buch ein Jahr Gefängnis. Straf-  
erlassend fiel ins Gewicht, daß es sich um einen schweren  
Landfriedensbruch handelte, daß die Angeklagten in der  
Drangsalierung des Abgeordneten Dingeldey besonders hartnäckig  
waren und gegen diesen sowie gegen die Sachwerte ein brutales  
Vorgehen an den Tag legten; Strafmildernd wurde angerechnet, daß  
es erwiesen angeheben wurde, daß die Angeklagten unter dem Ein-  
druck der Massenpsychologie standen, daß sie durchweg im Felde ihre  
Schuldigkeit getan haben, obgleich auch dies die Pflicht eines jeden  
braven deutschen Mannes gewesen sei. Den Angeklagten wurde die  
Untersuchungshaft angerechnet.